

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Katharina Focke MdEP, Designierte Spitzenkandidatin der SPD zur Europa-Wahl, hält eine Begegnung zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Andropow für längst überfällig. Seite 1

Robert Antretter MdB erläutert die Bedeutung der Aktionen von Mutlangen für seine eigene politische Einstellung. Seite 3

Hans Günter Brauch, Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der SPD Baden-Württembergs, stellt seine Vorstellungen über die Perspektiven einer neuen Sicherheitspolitik zur Diskussion. Seite 5

38. Jahrgang / 172

8. September 1983

Initiativen gegen den Kalten Krieg

Europa braucht die KSZE auch weiterhin

Von Katharina Focke MdEP
Designierte Spitzenkandidatin der SPD zur Europa-Wahl

Das Treffen der Außenminister der 35 KSZE-Staaten in Madrid findet zu einem Zeitpunkt statt, der manchem als besonders ungünstig erscheinen mag. Tatsächlich ist die Zusammenkunft jedoch gerade deshalb besonders wichtig, weil sie Gelegenheit gibt, auf hoher Ebene Mißverständnisse beizulegen und die Impulse des KSZE-Prozesses weiter für eine friedliche Entwicklung zu nutzen. Die Staaten Europas müssen ihre eigenen Interessen wahrnehmen und als europäische Gemeinschaft ebenso wie europäische RGW-Länder und blockfreie Staaten die Möglichkeiten für eine weitere Entwicklung der Zusammenarbeit nutzen.

Dafür bietet das Ergebnis der KSZE-Folgekonferenz nach dreijährigen mühseligen Verhandlungen einen nützlichen Ansatzpunkt:

Bereits im Januar 1984 wird in Stockholm eine Konferenz stattfinden, um die Ergebnisse des Prozesses der vertrauensbildenden Maßnahmen der Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.



Hierzu wird im Oktober dieses Jahres mit der Einberufung einer Vorbereitungskonferenz eine Forderung des europäischen Parlaments verwirklicht; die die Außenminister der zehn EG-Mitgliedsstaaten erfolgreich in Madrid vertreten haben.

Jetzt kommt es darauf an, daß die zehn rasch und gründlich ein Konzept für diese Abrüstungskonferenz entwickeln. Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird die Vorbereitungen im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ) mit eigenen Initiativen fördern.

Das Treffen der KSZE-Außenminister sollte jedoch auch einem weiteren Zweck dienen. Die Begegnung zwischen den beiden mächtigsten Männern der Welt, Präsident Reagan und Generalsekretär Andropow, ist längst überfällig. Gerade in Zeiten krisenhafter Zuspitzung sind Gespräche verantwortlicher Politiker miteinander mehr geboten als in politischen Schönwetterperioden. Andropow und Reagan müssen ihren Willen und ihre Bereitschaft, das Wettrüsten zu beenden, in einem gemeinsamen Dokument festlegen, das für die künftigen Verhandlungen auf allen Ebenen maßgeblich sein kann.

Der KSZE-Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen. Nachdem er 1975 unter entscheidender Mitwirkung der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zustande kam, hat er wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Verhältnisse in Europa entspannt haben. Damit jedoch nicht wieder neue Perioden des Kalten Krieges hereinbrechen, müssen immer wieder neue Impulse für eine blocküberwindende, partnerschaftliche Entwicklung gegeben werden.

(-/8.9.1983/ks/va)

+ + +



Die Zeit der Passivität war vorbei
-----**Mutlangen hat für mich ein Zeichen gesetzt**

Von Robert Antretter MdB

Um es vorweg zu nehmen: Ich bin nicht sicher, was mich in den drei Tagen in Mutlangen am meisten bewegt hat - die über 1.000 Frauen mit ihren Kindern, die große Zahl von Ärzten, die aus ganz Deutschland angereist waren, der über 70jährige Theologe Collwitzer, der mit der gleichen Ausdauer bei Sonne und Regen die Aktionen mitgemacht hat wie die Jungen, der Info-Stand couragierter Christdemokraten, die Unterschriften gegen die Nachrüstung sammelten, oder waren es die Nonnen, die aus den Vereinigten Staaten kamen, um ihrem Protest gegen die Nachrüstung Ausdruck zu verleihen. Die friedlichen Proteste gegen die "Nachrüstung" setzen ein Warnzeichen. Mir ist in Mutlangen ein Satz von Bundeskanzler Helmut Schmidt eingefallen, mit dem er am 14. Juni 1982 vor der UNO ein Hauptmotiv des heutigen Widerstands nannte: "Es wächst die Ungeduld mit Regierungen, die nur zu reden scheinen, während sie gleichzeitig immer neue todbringende Waffen entwickeln, produzieren und in Stellung bringen lassen. Es wächst die Ungeduld mit politisch Verantwortlichen, die zulassen, daß immer mehr Ressourcen dem Kampf gegen Hunger und Armut entzogen und statt dessen in die Rüstung gesteckt werden." Selten ist der politische Zusammenhang von Sozialabbau und Aufrüstung, von hoffnungsloser Unterentwicklung und weltweiter Überrüstung, von innergesellschaftlichem Unfrieden und außenpolitischer Konfrontation deutlicher geworden als gerade in diesem Herbst.

Der Antikriegstag 1983, der Abrüstung zum "Gebot der Stunde" erklärt, bedeutet nicht nur für fast acht Millionen im DGB organisierte Arbeitnehmer das Stoppsignal gegen den wahnsinnigen Rüstungswettlauf zwischen Ost und West. Gerade Mutlangen hat gezeigt, daß auch unzählige sonst wenig an Politik interessierte Menschen durch die Zuspitzung der Raketenfrage für die Gefährdung des Friedens sensibel geworden sind. Sie wissen sich in der Solidarität der Friedensbewegung, die weltweit zu Demonstrationen des Völkerwillens für umfassende Abrüstung mobilisiert. Und in der Bundesrepublik bedurfte es nicht erst jener ZDF-Umfrage, die eine Dreiviertel-Mehrheit der Bürger gegen die Stationierung neuer Atomraketen belegte, um die wachsende Ungeduld zu spüren. Das Wort Erhard Epplers - die Friedensbewegung müsse ansteckend sein - zeitigt im Bewußtsein der Bevölkerung Wirkungen, von denen professionelle Cheftaktierer überrascht werden.

Vielleicht fällt es uns Sozialdemokraten wegen solcher Veränderungen im Stimmungsbild der Nation schwer, ein präzises Oppositionskonzept zu entwickeln. In der Nachrüstungsfrage allerdings hat jedenfalls die SPD-Baden-Württemberg ein bedingungsloses Nein zur Stationierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise missile auf deutschem Boden formuliert.

Als direkt im Wahlkreis von der Pershing-Stationierung betroffener Bundestagsabgeordneter kann ich darüber nur froh sein, weil dieses Nein meiner eigenen Gewissensentscheidung entgegenkommt. Und in seit Monaten von mir geführten Gesprächen mit der Friedensbewegung und bei vielfältigen Kontakten mit Organisatoren und Beteiligten an gewaltfreien Aktionen in Mutlangen, aber auch durch Diskussionen bei Gewerkschaften, Bundeswehr und Polizei, hat sich meine Überzeugung mehr und mehr gefestigt, daß alle Formen des politischen Widerstands gegen zusätzliche Massenvernichtungsmittel nicht nur legitim, sondern angesichts der unkalkulierbar großen Risiken für unser Volk geradezu unausweichlich geworden sind.



Ein Bundestagsabgeordneter, der seine Legitimation durch das Volk ernst nimmt, kann nicht passiv zuschauen oder gar damit einverstanden sein, wie die amerikanische Regierung - seit der im August 1980 veröffentlichten Präsidenten-Direktive 59 bis hin zu neuesten Varianten von Rogers-Plan oder AirLand-Battle 2000 - immer aggressivere Militärdoktrinen durchspielt, die den Kriegsschauplatz Europa offen einplanen.

Ein deutscher Politiker darf doch keine Kreuzzugsideologie der USA billigen, die davon ausgeht, zunächst sei das eigene "Fenster der Verwundbarkeit" zu schließen. Wer kann im Atomzeitalter das Streben nach absoluter Überlegenheit, das Erstschlagsfähigkeit erreichen will, in Einklang mit friedlichem Interessenausgleich bringen? Und wie soll denn ein deutscher Bürger an den Willen zur Abrüstung glauben, wenn Präsident Reagan über Kommunismus als "Abweichung von der normalen Lebensweise menschlicher Wesen" spricht und Moskau für das "Zentrum des Bösen" hält? Auch der durch nichts entschuldbare Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine, den die UdSSR damit begründet, es habe sich um ein feindliches Spionageflugzeug gehandelt, zeigt mit schrecklicher Eindringlichkeit, wie recht Sozialdemokraten und Friedensbewegung haben, wenn sie auf die Gefahren einer Weltkatastrophe aus menschlichem oder technischem Versagen aufmerksam machen.

Kann es überhaupt Vertrauen zwischen Amerikanern und Europäern geben, wenn Berater und Mitglieder der US-Regierung mehrfach vom Sieg im Atomkrieg fantasieren und die Gegenwart als "Vorkriegszeit" definieren. Kann es in unserem Interesse sein, solchen Politikern Gefolgschaft zu leisten?

Die Glaubwürdigkeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in diesem Herbst bestimmt sich für mich daran, wie engagiert sich die Mitglieder beider Organisationen an gewaltfreien Aktionen der Friedensbewegung (Menschenkettten, Friedensmärsche, Friedenskundgebungen, Gebete für den Frieden) beteiligen. Nicht auf Papier, auf konkretes Handeln kommt es an!

Schließlich könnte sich in dem gemeinsamen Kampf von SPD, DGB, Kirchen und Friedensbewegung ein Bündnis demokratischer Patrioten entwickeln, das die Raketenfrage zugleich als Entscheidung für Sozialstaat und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen begreift und die so gewonnene Erfahrung fruchtbar macht für eine menschliche Zukunft.

(-/8.9.1983/ks/va)

+ + +



Perspektiven einer neuen Sicherheitspolitik

Die künftige Verteidigungspolitik könnte auf landgestützte Atomwaffen verzichten

Von Hans Günter Brauch

Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der SPD-Baden Württemberg und
Berater der Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

A. Grundsätze sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

In ihrem Godesberger Programm hat sich die SPD "zur Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung" bekannt und die Landesverteidigung bejaht. Die sicherheitspolitischen Grundsätze des Godesberger Programms:

- Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands entsprechen,
- die Voraussetzung für eine internationale Entspannung und für eine wirksame kontrollierte Abrüstung schaffen,
- die Zivilbevölkerung schützen,
- auf eine völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungswaffen drängen,
- die Herstellung und Verwendung von Massenvernichtungswaffen durch die Bundesrepublik Deutschland ablehnen und
- auf die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung hinwirken, in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen, sind weiterhin gültig. Die SPD bekennt sich zur Mitgliedschaft in der NATO und sie bekräftigt das Ziel des Harmel-Berichts vom Dezember 1967:

"Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar. Die kollektive Verteidigung ist ein stabilisierender Faktor in der Weltpolitik. Sie bildet eine notwendige Voraussetzung für eine wirksame, auf größere Entspannung gerichtete Politik. Der Weg zu Frieden und Stabilität in Europa beruht vor allem auf dem konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung. ...

Das höchste politische Ziel der Allianz ist es, eine gerechte und dauernde Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien zu erreichen."

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik fördert eine glaubwürdige Verteidigung, die von der eigenen Bevölkerung unterstützt wird, und die aufgrund ihrer defensiven Wehrstruktur niemand bedroht, die einer Eskalation in einen Krieg und in einem Krieg entgegenwirkt, und die bei einem Versagen der Abschreckung das zu schützende Territorium nicht durch den frühen Einsatz von chemischen und atomaren Waffen zerstört.

B. Herausforderungen und Krisentendenzen unserer Sicherheitspolitik

Folgende Krisentendenzen der Sicherheitspolitik erfordern eine Überprüfung der Militärstrategie, der Wehrstruktur und der Abrüstungskonzeption der Bundesrepublik im Rahmen der NATO:

- Der fortschreitende Prozeß der Unterentwicklung und der Überrüstung verschärft die sozialen Konflikte in der Dritten Welt und schafft damit neue Konfliktursachen. Die Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf innerstaatliche und regionale Konflikte in der Dritten Welt führt zu Rüstungswettläufen in der Dritten Welt und zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die auf Europa überschwapen können.



- Die ungebändigte Aufrüstung verbraucht im Frieden hochwertige und knappe Rohstoffe. Im Krieg führt der Einsatz von ABC-Waffen zu schwerwiegenden Gefährdungen der Umwelt und der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen.
- Die Eigendynamik der Rüstungstechnologie unterminiert die Stabilität der Abschreckung (zum Beispiel durch die Einführung von Mehrfachsprengköpfen (MIRV), von Marschflugkörpern, durch die neue Weltraumrüstung und die Anstrengungen einer Anti-U-Boot-Kriegsführung) und gefährdet die Erfolgsaussichten der Rüstungskontrolle.
- Die Bestrebungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung konnten eine Destabilisierung der Abschreckung durch neue Waffentechnologien nicht verhindern und einer Verdoppelung der Weltrüstungsausgaben in zwei Jahrzehnten nicht entgegenwirken.
- Die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion hat durch einseitige Veränderungen der amerikanischen Nukleardoktrin von einer Strategie der wechselseitig gesicherten Zerstörung zu einer Doktrin der begrenzten nuklearen Einsatzmöglichkeiten (begrenzter nuklearer Schläge zur Enthauptung eines Gegners) die Rolle der Kernwaffen in der Abschreckungsstrategie des Westens grundlegend verändert.
- Die Reagan-Regierung und die Regierung Kohl haben sich von den langfristigen Zielen der NATO: Verteidigung und Entspannung abgewandt. Die ideologische Aufrüstung des Westens (zum Beispiel die Wehrkundeerlasse in den CDU/CSU-regierten Bundesländern), die Ansätze einer ökonomischen Kriegsführung und die beschleunigte militärische Aufrüstung der USA (zum Beispiel im Bereich des Weltraumes) verstoßen gegen die Ziele des Harmel-Berichts von 1967.

Diese weltpolitischen und internationalen Herausforderungen werden innenpolitisch durch drei Krisentendenzen verschärft:

- Die zunehmende Akzeptanzkrise unserer nukleargestützten Verteidigung. Über zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik lehnen den Ersteinsatz von Atomwaffen ab und eine Mehrheit ist gegen eine Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen und neuer Atomsprengköpfe auf unserem Gebiet.
- Der personelle Engpaß bei der Bundeswehr nach 1985 erfordert bei einer Aufrechterhaltung der bisherigen Stärke der Bundeswehr erhöhte Anstrengungen.
- Der Kostenexplosion im militärischen Beschaffungswesen läßt eine Fortschreibung bestehender Trends nicht zu, wenn die Sicherheitspolitik nicht zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko werden soll.

Bei einem Festhalten an der bestehenden sicherheitspolitischen Konzeption der Bundesregierung und der NATO können die Akzeptanzkrise und die personellen und finanziellen Probleme der Bundeswehr zu einer grundlegenden Infragestellung unserer Sicherheitspolitik und unseres demokratischen Staates führen.

Die neuen zentralen Herausforderungen unserer Sicherheitspolitik erfordern eine Überprüfung der Strategie der flexiblen Reaktion und der Wehrstruktur und der Bewaffnung der Bundeswehr.

C. Anforderungen an und Kriterien einer neuen Sicherheitspolitik der SPD

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik bleibt die Forderung des Harmelberichts nach einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung. Dieses Ziel stützt sich auf drei Pfeiler:

- eine engere außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Europäer innerhalb der NATO mit dem Ziel einer Europäisierung;
- eine Weiterentwicklung der Politik der Entspannung zu einer echten Sicherheitspartnerschaft auf der Grundlage des Vertrauens und der Zusammenarbeit;
- eine Neutralisierung des Ost-West-Konflikts in Europa und in der Dritten Welt durch eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas mit anderen Regionen der Dritten Welt (interregionale Kooperation).

1. Anforderungen an eine neue Politik der Rüstungsbegrenzung

Die Politik der Aushandlung von Verträgen zur Rüstungsbegrenzung muß durch eine gradualistische Abrüstungsstrategie, das heißt durch kalkulierte Schritte der nationalen Selbstbeschränkung, wie zum Beispiel Einfrierungen, Moratorien und so weiter ergänzt

39. Jahrgang / 172 / 8. September 1983

werden mit dem Ziel, die Erfolgsaussichten für Verhandlungen zu erhöhen, bei festgefahrenen Gesprächen einen Durchbruch zu erleichtern und ein Unterlaufen der Verhandlungen durch eine Verlagerung des Rüstungswettlaufes in neue Grauzonen zu vermeiden. Die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung müssen sich stärker richten auf das Verbot destabilisierender Waffentechnologien und auf die Förderung des wechselseitigen Vertrauens unter anderem durch einschneidende vertrauensbildende Maßnahmen.

In der Bundesrepublik fehlen bisher die Instrumente für eine Abrüstungsplanung in der Regierung und im Parlament. Die öffentliche Förderung der Forschung im Bereich der Rüstungsbegrenzung durch den Bund und die Länder sind unzureichend.

2. Anforderungen an eine Revision der NATO-Strategie

In einer Demokratie muß die eigene Militärstrategie einsehbar, plausibel und konsensfähig für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sein. Die Militärstrategie muß zugleich für einen möglichen Gegner glaubwürdig sein und ihn von einer Aggression abhalten. Eine neue Strategie der NATO darf:

- die Führbarkeit eines Atomkrieges nicht erleichtern;
- die Eskalationswahrscheinlichkeit in einen Krieg (zum Beispiel durch das Überschwappen eines regionalen Krieges auf Europa) und in einen Krieg (durch den schnellen Einsatz von A und C-Waffen) nicht erhöhen;
- keine Ziele schaffen, die der anderen Seite nur die Möglichkeit lassen, einem Einsatz neuer Atomwaffen durch einen Präventivschlag zuvorzukommen (Präemptionszwänge);
- die Unterscheidbarkeit von konventionellen und chemischen sowie atomaren Waffen nicht erschweren.

Die neue Strategie der NATO muß vielmehr:

- für einen Gegner kalkulierbar sein;
- das Mißtrauen abbauen und die Erfolgsaussichten für Abrüstungsabkommen erhöhen;
- das Ziel einer gemeinsamen Sicherheit verfolgen.

3. Anforderungen an eine Revision der Wehrstruktur und der Bewaffnung

Eine neue Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln muß:

- den Frieden, die Freiheit, die Menschenrechte, das Recht auf Leben und die Überlebensfähigkeit unseres Territoriums und unserer Werte sichern;
- von den jetzigen außenpolitischen Rahmenbedingungen ausgehen: Bündnispolitik;
- mit den entspannungspolitischen Zielen vereinbar sein;
- die Bedrohungen unserer Sicherheitspolitik vermeiden (unter anderem auch einer weiteren Destabilisierung des Abschreckungssystems entgegenwirken und einen neuen Interventionismus der Supermächte in der Dritten Welt verhindern);
- eine glaubwürdige Antwort auf die drei Dilemmata unserer Sicherheit geben;
- für die Bevölkerung akzeptabel und für den Gegner glaubwürdig sein;
- darf für den Gegner im Frieden nicht bedrohlich sein, und sie darf im Konflikt keine Präemptionszwänge schaffen;
- mit den Zielen einer neuen Rüstungskontrollpolitik vereinbar sein (Stabilität, Kostensenkung, Schadensbegrenzung, Vertrauensbildung);
- mit den entwicklungspolitischen und ökologischen Zielen vereinbar sein.

Modelle einer Sicherheitspolitik mit anderen Mitteln (Panzerabwehrsysteme) und anderen Wehrstrukturen (kleine bewegliche Einheiten) wurden unter anderem vorgetragen von Bogislav von Bonin (1955), Miksche (60er Jahre) der Starnberger Schule (H. Afheldt, C.F. von Weizsäcker, A. Mechttersheimer) und von aktiven (General Uhle-Wettler) und pensionierten Bundeswehroffizieren (den Generälen Jochen Löser, Eckhard Afheldt, Vollmer, OTL Hannig und anderen).

Die SPD unterstützt die Forderung der ökumenischen Arbeitsgruppe "Schritte zur Abrüstung" und tritt ein "für die Umrüstung der Bundeswehr zu einer Streitmacht, die unser Territorium so wirksam wie möglich schützt, aber zu einem Angriff über unsere Grenzen

hinaus strukturell unfähig ist. ... Dazu würde unter anderem gehören, Panzerverbände allmählich durch kleinere Einheiten mit Präzisionslenkwaffen zur Panzerbekämpfung zu ersetzen. Eine solche Umrüstung und die mit ihr verbundene Strategie ist gewiß nicht einfach identisch mit den gegenwärtigen Interessen anderer NATO-Staaten; für die Bundesrepublik ist sie aber lebenswichtig und muß darum im Bündnis vereinbart werden".

4. Vermeidung von falschen Alternativen

Als Antwort auf die zunehmende Besorgnis der Öffentlichkeit über die Rolle der Kernwaffen in der NATO-Strategie wird von dem Oberkommandierenden der NATO, General Rogers, und von Verteidigungsminister Wörner ein neues konventionelles Verteidigungskonzept propagiert (Rogers-Plan, AirLand Battle und AirLand Battle 2000). Rogers und Wörner fordern die Einführung neuartiger konventioneller Waffen in die NATO-Arsenale, die in die Tiefe des "gegnerischen Raumes wirken können und sich durch besondere Kosteneffektivität zu empfehlen scheinen". Mit diesen neuen Technologien sollen: ortsfeste Flächenziele (Flugplätze), ortsfeste Punktziele (Radaranlagen, Kommunikationseinrichtungen und so weiter) und bewegliche Punktziele im Hinterland des Gegners getroffen werden.

Gegenüber dem Rogers-Plan und dem AirLand-Battle-Konzept bestehen folgende Rüstungskontroll- und entspannungspolitische Bedenken:

- Der Besitz von Waffen, die in die Tiefe des Raumes des Gegners wirken sollen, können im Krisenfall den Handlungsdruck erhöhen.
- Sollte der Gegner die Fähigkeit entwickeln, die intelligenten Waffen mit einfachen Mitteln zu blenden und zu täuschen, könnte der Zwang zum Einsatz von Atomwaffen und damit die Eskalationsgefahr steigen.
- Die neuen Trägersysteme, die im Rahmen der AirLand-Battle Konzeption von amerikanischen Militärs gefordert werden (Pershing II, landgestützte Marschflugkörper, das Nachfolgesystem der Lance: Corps Support Weapon System, der Mehrfachraketenwerfer und anderes), sollen nicht nur mit konventionellen, sondern auch mit binären chemischen und mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet werden. Müßte der Gegner bei einer konventionell bewaffneten Rakete (beziehungsweise Flugkörper) nicht von einer atomaren ausgehen und würde er darauf nicht sofort nuklear antworten? Eine Senkung der Nuklearschwelle und eine schnelle Eskalation in einem Nuklearkrieg wäre die Folge!
- Die schnelle Austauschbarkeit konventioneller, chemischer und nuklearer Sprengköpfe für die neuen Trägersysteme untergräbt das Ziel der Überprüfbarkeit der Rüstungskontrollgespräche.

Der Rogers-Plan und das AirLand Battle-Konzept bilden keine Grundlage für eine neue Sicherheitspolitik, da sie die Präemptionszwänge erhöhen, das Mißtrauen fördern und die Erfolgsaussichten von Rüstungsbegrenzungsbemühungen und von Entspannung senken.

5. Elemente der Struktur einer alternativen Verteidigung

Eine alternative Verteidigungskonzeption muß mit den verfügbaren Kosten und dem abnehmenden Personal realisierbar sein und von der Bevölkerung mitgetragen werden.

Veränderungen in der Wehrstruktur und der Bewaffnung sollten zu Streitkräften führen, die aus drei Elementen bestehen:

- einer statischen Raumverteidigung;
- mechanisierten Truppen als aktivem Element und
- einem Heimat- und Objektschutz.

Die Verknüpfung statischer und mobiler Komponenten, die Vermeidung einer offenen Feldschlacht und der dafür erforderlichen Konzentration von Verbänden sowie eine Nadelstichtaktik würde den Gegner schnell abnutzen und irritieren.

Das statische Element (Infanterie) sollte aus einer Vielzahl kleiner betonierter Stellungen (jeweils 3-5 für 2-3 Soldaten) bestehen, die auf dem Gebiet des Verteidigers tief gestaffelt aufgebaut werden sollten. Die ortskundigen Infanteriekommandos sollten mit Panzerabwehrraketen ausgerüstet werden. Während die grenznahen Verbände weitgehend aus aktiven Soldaten bestehen sollten, könnten die weiter rückwärtigen Einheiten gekadert und im Ernstfall mit ortskundigen Reservisten aufgefüllt werden.

Das mobile Element sollte neben Panzern, mobiler Infanterie auf leicht gepanzerten Fahrzeugen, Hubschrauber zur Panzerbekämpfung und intelligente Waffen für indirektes Feuer einbeziehen.

Das neue Verteidigungskonzept muß mit den anderen alliierten Truppen abgestimmt werden. Es kann auf landgestützte Atomwaffen verzichten. (-/8.9.1983/ks/va)